SPD legt sich fest: Zentralbad vom Tisch – Schonfrist für die Eishalle

Bei ihren Klausurtagungen am Wochenende haben die beiden SPD-Fraktionen im Kamener und Bergkamener Stadtrat getrennt über die Zukunft der Bäder in beiden Städten beraten. Sie kamen zu ähnlichen Ergebnissen und stellten sie erstmals seit Menschengedenken in einer gemeinsamen Pressekonferenz vor.

Gemeinsame Pressekonferen der Bergkamener und Kamener SPD-Fraktion (v.l.): Michael Krause, Julia Rehers (Fraktionsgeschäftsführerin Bergkamen) und Bernd Schäfer.

Demnach wird es **kein Zentralbad** für Bergkamen und Kamen geben, wie es der GSW-Gutachter als kostengünstigste Lösung vorgeschlagen hatte. Die Schwimmsportvereine und auch Vertreter der Schulen hätten vorher klar gemacht, dass diese Lösung nicht praktikabel sei, erklärten die Fraktionsvorsitzenden Michael Krause (Kamen) und Bernd Schäfer

(Bergkamen).

Stattdessen kommen zwei **Kombi-Bäder mit Freibadanteil** in Kamen und Bergkamen. Beide Fraktionen wollen jetzt in den Stadträten über Prüfaufträge entscheiden lassen, bei denen es um die Standortfrage geht. Demnach sollen die Verwaltungen die jeweiligen Standorte der Hallenbäder und der Freibäder untersuchen, ob dort sinnvoll die fehlende Komponente, also ein Freibadanteil zum Hallenbad oder ein neues Hallenbad am Freibad bzw. Hallenbad, ergänzt werden kann. Der Prüfauftrag für Bergkamen beinhaltet auch aufzuzeigen, welche Nachfolgenutzungen möglich sind, wenn das Hallenbad in Bergkamen-Mitte oder das Wellenbad in Weddinghofen bei der einen oder bei der anderen Lösung aufgegeben wird.

Bernd Schäfer geht davon aus, dass am Ende des ersten Quartals 2016 ein Ergebnis vorliegen wird, auf dessen Grundlage dann zügig eine Entscheidung für Bergkamen fallen kann. Auch Michael Krause rechnet damit, dass man in Kamen etwa zur Jahresmitte 2016 klarer sehen wird. Für die beiden kleinen Hallenbäder in Heeren-Werve und Methler soll sich seiner Auffassung erstmal nichts ändern bis die große Lösung in Kamen-Mitte realisiert wird.

Bezüglich der **Eissporthalle in Weddinghofen** sicherte Bernd Schäfer den Eissportvereinen zu, dass sie in jedem Fall noch bis zum Ende der nächsten Saison im März/April 2017 ihnen zur Verfügung stehen soll. Am liebsten wäre ihm und ähnlich hatte sich auch Bürgermeister Roland Schäfer schon vorher geäußert, wenn für die Eishalle ein privater Betreiber gefunden würde, der dann auch in der Lage sei, die Halle in den Sommermonaten so zu nutzen, dass sie nennenswerte Einnahmen bringt.

Zwei Mal gab es inzwischen Treffen von SPD und Eissportvereine. Sie hätten zugesagt, die Suche nach solch einem privaten Betreiber zu unterstützen.

„Nein zu Gewalt an Frauen“: Hilfetelefon rund um die Uhr erreichbar

Seit mehr als 30 Jahren setzen sich Menschen am 25. November weltweit für die Beseitigung von Gewalt und Diskriminierung an Frauen ein. Auf diesen Internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ weisen die Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Unna hin.

Die Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Unna machen Mut, das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ anzurufen.

Auch in Deutschland ist Gewalt gegen Frauen noch immer trauriger Alltag. Jede dritte Frau ist von körperlicher oder sexueller Gewalt betroffen. Rund 25 Prozent aller Frauen erleben Gewalt in ihrer Partnerschaft. Mehr als die Hälfte der Frauen wurde mindestens einmal im Leben sexuell belästigt. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie der Europäischen Union.

Doch nur 20 Prozent dieser Frauen nutzen die bestehenden Beratungseinrichtungen. Deshalb stehen die bundesweiten Aktionen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen in diesem Jahr unter dem Motto „Wir brechen das Schweigen“.

Dass auch im Kreis Unna viele Frauen Häusliche Gewalt erleben, belegen aktuelle Zahlen der Kreispolizeibehörde Unna, die für

das Kreisgebiet ohne die Stadt Lünen zuständig ist. Danach gab es zwischen dem 1. Januar und dem 31. Oktober 2015, 324 Einsätzen wegen Häuslicher Gewalt. 83 Wohnungsverweisungen wurden ausgesprochen. Das Frauenforum wurde 63 Mal informiert.

Anlässlich des Internationalen Tags „Nein zu Gewalt an Frauen“ machen die Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Unna betroffenen Frauen Mut, sich entweder bei der Frauenberatungsstelle des Frauenforums unter Fon 0 23 03 / 8 22 02 zu melden oder das rund um die Uhr erreichbare Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ anzurufen.

Seit 2013 besteht diese Einrichtung des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben als Ergänzung zu den Fachberatungsstellen und Frauenhäusern. Als erstes bundesweites Angebot ist das Hilfetelefon an 365 Tagen im Jahr unter Fon 08000 116 016 und über die Online-Beratung unter www.hilfetelefon.de erreichbar – anonym, kostenlos, barrierefrei und in 15 Sprachen.

Förderprogramm „Einbruchsicherung“ für Mieter und Eigentümer gestartet

In der vergangenen Woche startete das neue Förderprogramm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“, für das von 2015 bis 2017 insgesamt 30 Millionen Euro (10 Millionen Euro jährlich) zur Verfügung stehen. „Mieter, Wohnungs- und Hauseigentümer, die sich gegen Einbruch schützen wollen, erhalten künftig Zuschüsse vom Bund, wenn sie in entsprechende

Maßnahmen der Sicherheitstechnik investieren wollen“, erläutert dazu der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek.

Durchgeführt wird das Programm von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Heißt: Ab sofort können Mieter und Eigentümer vor Beginn eines Umbaus Anträge direkt bei der KfW einreichen. Die Förderung erfolgt durch Zuschüsse zu den Materialkosten und kann zusätzlich zur steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen in Anspruch genommen werden.

Im Rahmen des Kriminalpräventionsprogramms werden die Einbruchschutzmaßnahmen mit bis zu 20 Prozent der Gesamtinvestition gefördert. Dabei ist der Zuschuss auf 1.500 Euro begrenzt. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass die Investition mindestens 500 Euro beträgt. Bezuschusst werden beispielsweise Alarmanlagen, einbruchsichere Türen und Fenster oder entsprechende Gitter-Vorrichtungen.

„Die Statistik macht es deutlich: Sicherheitstechnik in und an Häusern und Wohnungen können Einbrüche verhindern“, sagt Oliver Kaczmarek. Das Förderprogramm des Bundes trage dazu bei, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger schon durch geringe Investitionen zu steigern.

IG BCE Regionalforum: 1. Mai 2016 mit einem Familienfest

Das IG BCE Regionalforum Bergkamen / Kamen wird die Maikundgebung 2016 in Oberaden anders gestalten als bisher: Im Anschluss an die traditionelle und in der Region größten Kundgebung in der Römerbergsporthalle findet diesmal ein Familienfest statt.

Auf dem Vorplatz der Römerbergsporthalle gibt es Live-Musik. Damit die Erwachsenen sich auch einmal entspannt zurücklehnen können, wird den Kindern zahlreiche Spielmöglichkeiten geboten. Darüber hinaus werden am Nachmittag Kaffee, Kuchen und Waffeln gereicht. Des Weiteren warten auf die Teilnehmer Pommes, Brat- und Currywurst vom Grill, Reibekuchen und türkische Spezialitäten. Für Getränke ist natürlich gesorgt. Die Erbsensuppe, die uns im nächsten Jahr wieder das DRK Bergkamen zubereiten wird, wird es selbstverständlich auch wieder geben.

Wie in den vergangenen Jahren auch, präsentieren sich Parteien ,Vereine und andere Institutionen präsentieren.

Folgender Ablauf ist somit geplant:

- 10.15 Uhr Treffen der Kundgebungsteilnehmer auf dem Museumsplatz.

- 10.30 Uhr Abmarsch des Demonstrationszuges zur Römersporthalle
- 11.00 Uhr Kundgebungsbeginn
- 12.30 Ende der Kundgebung und Mittagessen (Erbsensuppe)
- Anschließend Beginn des Familienfestes
- Ende: ca.17.00 Uhr

GRÜNE fordern einen Flüchtlingsbeauftragen für den Kreis Unna

Die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN traf sich jetzt mit Landrat Makiolla, Kreisdirektor Dr. Wilk sowie dem Finanz-Chef Appel, um sich über den Haushaltsplan des Kreises Unna für das nächste Jahr auszutauschen.

Herbert Goldmann

Thematisch intensiver diskutierte die Fraktion unter der Überschrift „Soziales“ die mögliche **Ernennung eines Flüchtlingsbeauftragten**. „Wir stellen uns vor, dass die kreisweiten Angebote und Möglichkeiten für z.B. Ärzte, Ehrenamtliche, Schulen, Kindergärten abgerufen und Nachfragen unmittelbar beantwortet werden oder an die hierfür eingerichteten und zuständigen Stellen – auch außerhalb der bestehenden Kreiszuständigkeiten – weitergeleitet werden können. Erfolgreich und zentral aus einer Hand, am besten in direkter Kooperation mit dem Kommunalen Integrationszentrum (KI) in Bergkamen“ , so Herbert Goldmann,

Fraktionsvorsitzender der Grünen.

Weitere Diskussionen über das **Sozialticket**, z.B. in Form der Preissenkung für das kreisweite Ticket standen erneut auf der Agenda der Grünen. „Dass das Angebot der Schulbegleitung auskömmlich zu finanzieren ist, um die inklusive Beschulung gehandicapter Kinder möglich zu machen, hat bei uns natürlich einen hohen Stellenwert!“, so der schulpolitische Sprecher Uli Bangert im Rückblick. „Auch muss die Schulsozialarbeit auch nach 2017 als unterstützendes Angebot bestehen bleiben.“

Die **Arbeit des Frauenforums** sicherzustellen, ist ein dringender Appell an die politischen Mitstreiter im Kreistag. Im **Umwelt**-Bereich weist Klaus-Bernhard Kühnapfel als umweltpolitischer Sprecher auf die notwendige finanzielle Anpassung für die Arbeit der NaturFörderungsGesellschaft (NFG) und des Umweltzentrums Westfalen auf der Ökologiestation hin. „Die Erhaltung der Waldschule Cappenberg ist für uns außerdem ein wichtiger ökologischer Baustein!“

Die Grünen fordern für den Bereich der **Wirtschaftsförderung** eine Veredelung des Flächenmanagements zur Vermeidung des weiteren „Flächenfrasses“ in der freien Landschaft. Anke Schneider, Sprecherin ihrer Partei für Planung und Mobilität denkt dabei z.B. an die konsequente Überprüfung vorhandener Einschränkungen auf Brachflächen. „Hier alte Industrie-Flächen der Wirtschaft wieder zur weiteren Nutzung anzubieten, halten wir für die nachhaltig bessere Investition!“

Besonders willkommen sind im Bereich **Bauen/ Straßenbau** die Projekte der UKBS, **preiswerten Wohnraum** im Kreis Unna zu schaffen. Das kreisweite Engagement wird unterstützt durch Bauvereine und Genossenschaften. Für den Straßenbau wünscht sich die Grüne Fraktion eine Umschichtung der Mittel in einigen Bereichen – weg vom Invest in Straßen hin zum Ausbau des Radwegenetzes. Gleichzeitig weisen sie auf ihre volle Unterstützung zur Realisierung des geplanten Radschnellwegs

Ruhr hin.

Endgültig steht das Zahlenwerk rund um den Haushalt 2016 noch nicht zu 100 Prozent fest. So ändert sich aufgrund der Mittel, die vom Land zu erwarten sind, und den möglichen Rückzahlungen vom Bund noch einiges. Auch bedingt durch die Flüchtlingszahlen sind die endgültigen kreisseitigen Aufwendungen für 2016 noch nicht fassbar. Der Landrat versprach aber rechtzeitig zur Vorberatung am 02.12.15 im Finanzausschuss eine solide Änderungsliste.

Die Teilnehmer der Haushaltsklausur aus Verwaltung und Grüner Fraktion sind sich einig, dass dieser Haushaltsansatz für 2016 immer mit Berücksichtigung der Rücksichtnahme auf die kreisangehörigen Kommunen zu betrachten ist.

„Mutmachkonferenz“ in Kaiserau: Integration von Flüchtlingen durch den Sport

Die Europäische Akademie des Sports Westfalen (EAdS), die zukünftig unter „sports for europe“ firmieren soll, hatte zum 1. EU Sport-Dialog in das SportCentrum Kamen-Kaiserau eingeladen. „Flüchtlinge in Europa – der Beitrag des Sports zur Integration von Flüchtlingen in die europäischen Gesellschaften“, hieß an allen drei Tagen (11. bis 13. November) das große Thema, das länderübergreifend diskutiert wurde.

Staatssekretär Werner Stürmann, LSB-Präsident

Walter Schneeloch, Bürgermeister Hermann Hupe und FLVW-Präsident Hermann Korfmacher.

Hermann Korfmacher, Vorsitzender des gastgebenden Fußball- und Leichtathletik-Verbandes Westfalen (FLVW), machte in seiner Begrüßungsrede deutlich, dass „das Thema angesichts der Flüchtlingsströme den Nerv der Zeit trifft.“ Versammelt waren Gäste aus Spanien, der Türkei, den Niederlanden und Polen sowie Vertreter aus Ministerien, von olympischen Komitees und Universitäten. Ebenso vertreten war die Politik, verschiedenste Sportbünde und Vereine.

Zu Beginn gaben unter anderem der Präsident des LandesSportBundes Nordrhein-Westfalen, Walter Schneeloch, und Staatssekretär Werner Stürmann vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen ihre Visitenkarte ab. Sie hatten zudem konkrete Projekte im Gepäck: Der LSB legt ein Programm in Höhe von 211.000 Euro für 500 Vereine, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, auf. Und auch das Land NRW plant den Startschuss für „Willkommen in NRW“ mit konkreten Hilfen im Januar 2016.
Bevor die Gruppenarbeit aufgenommen wurde, stellten einige Vereine ihre Ideen zur Integration vor. Deutschunterricht auf dem Platz vor dem Training; ein Schulbus, der sich mit Materialien den Weg zu den Flüchtlingsunterkünften bahnt und zum Mitspielen anregt; oder der Blick in die Nachbarländer: eine österreichische Initiative hat eine Weltmeisterschaft für Flüchtlinge und Migranten aus der Taufe gehoben. Der Höhepunkt: 64 teilnehmende Teams beim Finalturnier in Amsterdam. Und das begleitet von 90 akkreditierten Medienvertretern.
„Der Strauß von Ideen und Anregungen ist vielfältig“, fasste es Korfmacher zusammen. In den kommenden Wochen wird die EAdS Westfalen diese auswerten und bündeln, um Handlungsempfehlungen an die Vereine weitergeben zu können. Ein erstes Fazit gaben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer spontan ab: „Eine Mutmachkonferenz“ sei es gewesen, der Austausch wichtig und eine Fortsetzung auf jeden Fall

erwünscht.
Ein ausführlicher Bericht steht unter www.flvw.de.

Informationsgespräch für Abgeordnete: Bezirksregierung will Flüchtlingsarbeit transparent machen

„Uns ist es wichtig, Transparenz in das Verfahren um die Unterbringung, Betreuung und Zuweisung von Flüchtlingen zu bringen“, sagt Regierungspräsidentin Diana Ewert. Deshalb lud die Bezirksregierung die Abgeordneten des Regierungsbezirks nun zu einer Informationsveranstaltung nach Arnsberg ein. Und das nicht nur um nicht nur offene Fragen zu klären, sondern auch die Arbeit der Bezirksregierung vorzustellen – und mit beeindruckenden Zahlen die Komplexität der Flüchtlingsarbeit zu verdeutlichen.

„2013 arbeiteten im Dezernat für die Unterbringung, Betreuung und Zuweisung von Flüchtlingen noch rund 20 Mitarbeiter. Inzwischen sind es fast 400“, sagt die Regierungspräsidentin. Dabei ist Europa beziehungsweise Deutschland gar nicht das Hauptziel der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind: „80 Prozent der Menschen haben in Entwicklungsländern Zuflucht gefunden“, erklärt der zuständige Abteilungsleiter Thomas Sommer.

Dennoch kommen derzeit pro Monat zwischen 12.000 und 16.000 Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen. „Darunter sind deutlich mehr Menschen aus Syrien und dem Irak als aus den Ländern des Weltbalkan“, so Sommer. Deshalb müsse von einer längeren Bleibeperspektive ausgegangen werden. Zugleich sei es

schwierig zu sagen, welche Entwicklungen im nächsten Jahr die Flüchtlingsströme wie beeinflussen würden.

Klar sei nur dass das Land und die Bezirksregierungen die Unterbringungseinrichtungen im nächsten Jahr anders strukturieren wolle: „Wir müssen von den Turnhallen wegkommen“, so Sommer und griff damit bereits einigen Nachfragen der anwesenden Abgeordneten vorweg.

Fragen gab es dennoch genügend: So wollten die Abgeordneten unter anderem wissen, ob es Möglichkeiten gibt, wie die Vergabeverfahren bei Bauarbeiten innerhalb der Einrichtungen beschleunigt werden könnten. „Wir bemühen uns darum, das einfacher zu gestalten“, so Regierungspräsidentin Diana Ewert, „doch die Vergabeverfahren müssen weiterhin ordnungsgemäß ablaufen.“

Aufruf: Gedenkminute für Terroropfer

Bei den Terroranschlägen am 13. November in Paris starben rund 130 Menschen, mehrere Hundert wurden verletzt. Als Zeichen der Anteilnahme mit den Angehörigen und in Verbundenheit mit dem französischen Volk ruft auch Landrat Michael Makiolla zu einer Gedenkminute auf. Zu dieser Schweigeminute in Deutschland, in Europa und in der Welt hat auch die Deutsche Vertretung der Europäischen Kommission aufgerufen.

Die Gedenkminute findet unter anderem im Kreishaus Unna am heutigen Montag um 12 Uhr im Atrium im Kreishaus Unna statt. Eingeladen, einen Moment innezuhalten, sind nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung.

„Ebenso herzlich willkommen sind auch die, die heute im Kreishaus eigentlich nur etwas erledigen möchten, sowie alle, die für einen Augenblick einen Ort für die persönliche Besinnung und die Trauer mit den Opfern, ihren Angehörigen und Freunden suchen“. so Landrat Michael Makiolla.

Stadt bringt mit dem Bundesgeld vor allem Schulen auf Vordermann

15 städtische Gebäude, vor allem Schulen, werden in den nächsten drei Jahren mithilfe der 5,2 Mio. Euro Bundesmittel energetisch saniert. Sie erhalten unter anderem neue Fenster, Wärmeschutz an den Außenwänden und auf den Dächern oder effektivere Elektro-Anlagen.

Mithilfe der Bundesmittel soll auch die Turnhalle der Pfalzschule energetisch saniert werden.

Der Schwerpunkt liegt diesmal auf dem Gymnasium. Rund 2 Mio. Euro sollen hier von 2016 bis 2018 investiert werden. Im

kommenden Jahr werden die Handwerker auch in die Realschule Oberaden, in die Turnhallen der Willy-Brandt- und der Pfalzschule und ins Feuerwehrgerätehaus Mitte einziehen.

Für 2017 steht die Preinschule mit 675.000 Euro auf dem Investitionsplan. Ob es tatsächlich diese Oberadener Schule sein wird, steht aber erst dann genau fest, wenn der Schulentwicklungsplan für diesen Stadtteil festgezurrt ist. Bekanntlich wird die Albert-Schweitzer-Schule aufgelöst und auch die ehemalige Burgschule wird freigezogen. Sicher ist wohl nur, dass es wie bisher zwei Grundschulstandorte in den Stadtteil geben wird, noch nicht klar ist, wo. In Overberge ist die Lage wesentlich einfacher. Hier wird die Grundschule mit neuen Fenstern ausgestattet.

Ein weiterer Schwerpunkt für 2017 liegt in der Kultur. So soll das studio theater energetisch saniert werden. Außerdem steht der Umbau des Zwischentrakts des Stadtmuseum nach dem Auszug der Druckerei an. Hier soll zusätzliche Ausstellungsfläche geschaffen werden. Im gleichen Jahr erhält das Feuerwehr-Gerätehaus Weddinghofen neue Fenster, eine neue Heizung und ein saniertes Dach.

Im letzten Jahr der Förderung sind die Turnhalle an der Lessingstraße, Pausenhalle der Gesamtschule, die Schillerschule und die Ketteler-Schule dran. Vorgesehen ist auch, dass der Treffpunkt eine Behindertentoilette erhalten soll.

Insgesamt werden in diesen drei Jahren 5,76 Mio. Euro investiert. 576.000 Euro trägt davon die Stadt aus eigenen Mitteln.

Entwurf für den Doppelhaushalt: Grundsteuer bleibt stabil

2016 will die Stadt Bergkamen erstmals seit vielen Jahren in ihrem Haushalt unterm Strich eine „schwarze Zahl“ stehen haben. Das will Kämmerer Holger Lachmann, wie er am Donnerstabend im Stadtrat erklärte, trotz der neuen finanziellen Belastungen, etwa durch die rund 600 hier lebenden Flüchtlinge, erreichen. Anders als manche skeptische Bürger es in den vergangenen Wochen befürchtet haben, wird es auch keine Anhebung der Grundsteuer geben.

Holger Lachmann bei seiner „Jungfernrede“ zur Einbringung seines ersten Haushaltsentwurfs in den Bergkamener Stadtrat

Der Wermutstropfen: Der kräftige Dreh an der Steuerschraube vor gut einem Jahr soll nach der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 nicht zurückgenommen werden – sie wird aber auch nicht angezogen.

Hauptgrund für die „Schwarze Null“ für 2016 sind nicht die Einsparungen innerhalb der Verwaltung. Die Ausgaben liegen mit 127,6 Mio. Euro um 1,3 Mio. höher als die Einnahmen. Ein Plus macht der Kämmerer vor allem bei den Finanzerträgen und den geringeren Aufwendungen für Zinsen. Unterm Strich sollen

215.506 Euro Ende 2016 übrig bleiben.

Eine große Unwägbarkeit sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Nach dem Tiefstand in 2014 mit 9,2 Mio. Euro kommen nach bisherigem Stand der Dinge 13,3 Mio. Euro in die Stadtkasse. Mit 13 Mio. Euro rechnet Lachmann dann auch im nächsten Jahr. Doch dass sich solche eine Rechnung leicht in Luft auflösen kann, hat Bergkamen oft genug erlebt. Das finanzielle Hauptproblem der Stadt sei, dass es kaum größere mittelständische Unternehmen gebe. 80 Prozent der Gewerbesteuerzahlungen stammten von wenigen Großbetrieben. Gerät nur ein dieser Großbetriebe ins Trudeln, wirke sich dies auch negativ auf die Gewerbesteuereinnahmen aus, erklärte Lachmann.

Einer der ganz dicken Brocken bei den Ausgaben ist die Kreisumlage. Hier wird Bergkamen 2016 rund 33 Mio. Euro nach Unna überweisen. Der größte Teil dieser Einnahmen wird vom Kreis für die Begleichung der Sozialausgaben benötigt.

Trotz aller Sparbemühungen will die Stadt auch 2016 investieren. 1,6 Mio. Euro sind zum Beispiel für den Kauf von Flächen für ein neues Gewerbegebiet im kommenden Jahr vorgesehen. „Bergkamen hat kaum noch nennenswerte Gewerbeflächen“, betonte Lachmann. Die Ausweisung eines neuen Gewerbegebiets befinde sich aber noch im Suchstadium.

Es war übrigens die erste Haushaltsrede von Holger Lachmann im Bergkamener Stadtrat. Und sie war die mit rund 10 Minuten Redezeit die kürzeste seit Jahrzehnten. Wer sie nachlesen möchte, findet sie hier: Haushaltsrede DHH 2016

SPD: Wir brauchen mehr preiswerten Wohnraum im Kreis Unna

„Wir brauchen in Zukunft mehr preiswerten Wohnraum im Kreis Unna“, so Brigitte Cziehso für die SPD-Kreistagsfraktion nach dem Lagebericht des Geschäftsführers der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft UKBS (Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH) auf der Jahresklausur in Schmallenberg. Grundsätzlich ist die UKBS mit den 2841 Wohnungen sehr gut aufgestellt, dass zeigt auch die hohe Zufriedenheit der Mieter, so Theodor Rieke als Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Deutlich wird allerdings, dass jetzt auch im Kreis Unna Wohnungen für Geringverdiener, Alleinerziehende, Wohnungslose und nicht zuletzt Flüchtlinge, die hier Asyl bekommen, fehlen. Bund und Land sind daher gefordert endlich neue Programme im sozialen Wohnungsbau aufzulegen. Und natürlich können und sollten wir auch selbst etwas tun, so die Meinung der Sozialdemokraten. Viel Zeit bleibt allerdings nicht, denn von der Planung bis zur Realisierung braucht es Jahre und die Wohnungen werden jetzt vermehrt nachgefragt.

Neugierig reagierten die Sozialdemokraten auf das Fröndenberger-Modell im Ortsteil Ardey. Die 26 Wohnungen werden hier mit einem kleinen Zentrum kombiniert, dazu gehören eine Arztpraxis, Apotheke, Pflegedienst, Cafe und Physiotherapie. „Was ist davon auf andere Ortsteile übertragbar, in denen die Infrastruktur in den vergangenen Jahren schwindet, lautete die Frage an den Geschäftsführer der UKBS, Matthias Fischer.

Dieser konnte auch über weitere interessante Projekte der Kreiswohnungsbauer berichten: in Unna das Projekt

Mehrgenerationenwohnen in der Weberstraße und der Neubau in Königsborn, in Selm zum Beispiel der Umbau der Schule und in Bergkamen der Bau eines Wohn.- und Geschäftshauses.
Gast auf der Klausur war Dr. Norbert Tschirpke, der das für Deutschland einmalige Projekt Solarhaus vorstellte. Ein Wohnhaus, das sich wirtschaftlich rechnet und seine Energie selbst erzeugt. E-Carsharing gibt es dann als Bonus für die Mieter.

„Hier betritt die UKBS Neuland“, und wir unterstützen sie dabei, fasste Brigitte Cziehso für die Kreistagsfraktion zusammen.